

# KOMPETENZ

MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN, DRUCK, JOURNALISMUS, PAPIER





## KOMPETENZ September 2017

- 04 Der Kollektivvertrag**  
Garant für soziale Sicherheit
- 11 Geschichte**  
Einführung der 40-Stunden-Woche
- 12 Wenn der Staat Armut fördert**  
Martin Schenk von der Armutskonferenz im Interview
- 16 Follow me! Vote for me!**  
Über die Bedeutung Sozialer Medien in Wahlkämpfen
- 20 Arbeitsrecht zum Babybrunch**  
Betriebsrat Thomas Schäffer im Portrat
- 22 Ein Meilenstein mit Vorbildwirkung**  
Der neue Handelskollektivvertrag
- 30 Kultur**  
Film und Buchtipp
- 31 Impressum**

### RUBRIKEN

- KOMPETENT**  
Editorial von **Dwora Stein** **03**
- KONSEQUENT**  
**Wolfgang Katzian** zum Kammersystem **10**
- KOMPASS**  
**Zahlen und Fakten** aus der Arbeitswelt **15**
- KOMPAKT**  
**Kurzmeldungen** zu Politik, Arbeit und Gesellschaft **18**
- KONKRET**  
Ein **Faktencheck** zu Hartz IV **24**
- KORREKT**  
Rechtsexpertinnen **Helga Hons** und **Andrea Komar** über Ihre Rechte bei Arbeitsunfällen **26**



## Kollektivvertragsherbst

von Dwora Stein

Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern – unter anderem Deutschland – fallen in Österreich 98 Prozent der unselbstständig Beschäftigten unter einen Kollektivvertrag. Das bedeutet, dass diese ArbeitnehmerInnen nicht nur von regelmäßigen Lohn- und Gehaltserhöhungen profitieren, sondern auch von vielen weiteren arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen, die deutlich besser sind als das Gesetz es vorsieht. Je nach Kollektivvertrag sind das kürzere Arbeitszeiten, bessere Abgeltung von Dienstreisen oder auch die Möglichkeit, Freizeit statt Geld in Anspruch zu nehmen. Wie jeden Herbst stehen auch dieses Jahr wieder eine Reihe wichtiger Kollektivvertragsverhandlungen an. Drei der bedeutendsten, der Metallerkollektivvertrag, der Handelskollektivvertrag und jener für den Sozialbereich, werden in den nächsten Wochen und Monaten verhandelt. Wir widmen daher die Coverstory der ersten Herbstausgabe der KOMPETENZ dem Thema Kollektivvertrag, und haben auch BetriebsrätInnen aus diesen drei Branchen nach ihrer persönlichen Einschätzung und ihren Schwerpunkten für die Verhandlungen gefragt.

Wie immer in den vergangenen Jahren zeichnet sich auch in diesem Sommer bereits ab, dass die Verhandlungen weder einfach noch konfliktfrei ablaufen werden. Davon sollten wir uns jedoch nicht verunsichern lassen, denn wir gehen gut gerüstet in die Verhandlungen und werden gemeinsam mit den Beschäftigten und BetriebsrätInnen dafür Sorge tragen, dass sich die zunehmend positiven Meldungen aus der Wirtschaft auch in einer kräftigen Gehaltserhöhung niederschlagen.

404.000 Beschäftigte in 80.000 Handelsbetrieben profitieren ab 1. Dezember 2017 von einer Reform des Handelskollektivvertrags. Über 40 Verhandlungsrunden und mehr als drei Jahre dauerte es, bis sich die Sozialpartner einigen konnten. Doch nun liegt der neue Kollektivvertrag vor. Künftig gibt es ein höheres Einstiegsgehalt, eine flachere Gehaltskurve, übersichtlichere Gehaltseinstufungen und die Anrechnung der Karenzzeiten. Vor allem Frauen werden von den Verbesserungen profitieren. Einen ersten Überblick über die neuen Regelungen und was sie im Detail bedeuten geben wir in dieser Ausgabe.

Vorwahlzeiten sind immer auch Zeiten politischer Versuchsballons. Eine besonders hartnäckige Idee ist, die Hartz-IV Reformen nach deutschem Vorbild auch in Österreich umzusetzen. In den Raum gestellt wird dabei, dass diese Reformen sowohl zu niedrigeren Kosten als auch einer sinkenden Arbeitslosigkeit führen. Was an diesen Behauptungen dran ist, haben wir in einem Faktencheck überprüft. ●

**Dwora Stein** ist KOMPETENZ-Chefredakteurin und Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp).

# KOLLEKTIV- VERTRAG





# Garant für soziale Sicherheit

Der Kollektivvertrag (KV) ist ein wichtiges Instrument zur Absicherung der jährlichen Lohnsteigerungen. Auch das 13. und 14. Monatsgehalt ist nur durch den KV abgesichert. Erfolge der vorigen Jahre sind eine bessere Anrechnung von Karenzzeiten, der Papamonat, ein Mindestgehalt von 1.600 Euro und ein zukunftsweisendes Entgeltschema im Handel.

**A**m Beginn des Berufslebens ist der Kollektivvertrag (KV) für viele ArbeitnehmerInnen zunächst wenig greifbar. So mancher lernt das zentrale gehaltspolitische Instrument erst dann so richtig kennen und schätzen, wenn dadurch seine eigenen Rechte verbessert und abgesichert werden. Diese erste Begegnung mit dem KV bleibt den meisten Beschäftigten nachhaltig in Erinnerung.

„Der Kollektivvertrag verbessert die Position von ArbeitnehmerInnen in zentralen Bereichen wie Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen oder Entgeltschema“, erklärt der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Karl Dürtscher, der für die Kollektivvertragspolitik verantwortlich ist. Auch wichtige Errungenschaften wie die Sonderzahlungen, die Mindestgehälter und Zuschläge für Überstunden oder erschwerte Arbeitsbedingungen sind in den KVs geregelt und damit rechtlich abgesichert. „Wir brauchen die Kollektivverträge, um zentrale Rechte der ArbeitnehmerInnen, wie zum Beispiel das Ausmaß und die zeitliche Verteilung der Arbeitszeit, branchenspezifisch zu gestalten“, erklärt Dürtscher. „Das Gesetz gibt lediglich die Rahmenbedingungen vor, erst durch Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen werden die Arbeitsbedingungen konkretisiert.“



» In der Praxis ist das harte Arbeit: Die GPA-djp betreut insgesamt rund 170 Kollektivverträge und verhandelt diese regelmäßig neu. „Und glücklicherweise kommen ständig neue KVs hinzu“, so Dürtscher.

### STÄRKERE POSITION

Der Kollektivvertrag regelt vor allem arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen, die ArbeitnehmerInnen dann nicht mehr individuell mit dem jeweiligen Arbeitgeber verhandeln müssen – diese sind als Rechtsanspruch im Kollektivvertrag festgeschrieben. „Wir regeln über den Kollektivvertrag auch viele Ist-Gehälter, die KV-Abdeckung beträgt in Österreich 98 Prozent“, betont Dürtscher. Das bringt den ArbeitnehmerInnen große Vorteile: So sind z. B. im Einzelhandel in Österreich alle Arbeitsverträge vom Kollektivvertrag erfasst, während in Deutschland nur noch 23 Prozent der Angestellten dieser Branche einem Kollektivvertrag angehören. Entsprechend

schwieriger ist dort die Verhandlungsposition der Beschäftigten.

Aktuell sind die KV-VerhandlerInnen stark mit dem Thema Mindestlohn und -gehalt befasst, der in einer Zeit, in der viele Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung

## DER KOLLEKTIVVERTRAG VERBESSERT DIE POSITION VON ARBEITNEHMERINNEN BEI ARBEITSZEIT, ARBEITSBEDINGUNGEN UND ENTGELT.

armutsgefährdet sind, immer bedeutender wird. „Heuer wurde bereits in weiteren 21 Kollektivverträgen ein Mindestgehalt von 1.500 Euro verankert. In sieben KVs wurden 1.700 Euro als Mindestgehalt durchgesetzt“, erzählt Dürtscher.

Auch die Anrechnung der Karenzzeiten bei den Gehaltsvorrückungen hat sich dank intensiver Verhandlungen verbessert: „Seit Jahresbeginn werden Karenzzeiten in 19 Kollektivverträgen berücksichtigt – darunter

so große Bereiche wie die Elektro- und Elektronikindustrie, Mineral-, Papier- und Chemische Industrie, aber auch in der Sozialwirtschaft Österreich und der Textilindustrie. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Verringerung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern“, erklärt Dürtscher. Der Familienzeitbonus „Papamonat“ wurde mit Jahresanfang in neun Kollektivverträgen erfolgreich verankert.

### KRÄFTIGE LOHNSTEIGERUNG ERWARTET

Für die aktuelle Herbstlohnrunde erwartet sich der stellvertretende GPA-djp-Bundesgeschäftsführer einen deutlich positiven Abschluss der Metaller und kräftige Reallohnsteigerungen für die gesamte Industrie, denn „die drei Parameter Inflationsrate, Wirtschaftsentwicklung und Produktivitätssteigerung zeigen deutlich nach oben.“ Auch im Handel gäbe es gute Umsatzzuwächse. Eine zukunftsweisen-



Die GPA-djp betreut insgesamt rund 170 Kollektivverträge und verhandelt diese regelmäßig neu.



**Karl Dürtscher**, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp: „Die drei Parameter Inflationsrate, Wirtschaftsentwicklung und Produktivitätssteigerung zeigen deutlich nach oben, wir erwarten daher kräftige Reallohnsteigerungen für die gesamte Industrie.“



**Heidemarie Schreiberhuber**, Betriebsrätin bei Pfeiffer Logistik: „Ohne die regelmäßigen kollektivvertraglichen Erhöhungen würden die Beschäftigten über die Jahre einen saftigen Reallohnverlust erleiden.“



**Gerhard Grill**, Betriebsrat bei voestalpine Wire Austria: „Der Sinn des Kollektivvertrages ist es, gemeinsam mehr zu erreichen.“



**Monika Fließer**, Betriebsrätin bei den Lebenshilfen Soziale Dienste: „Ich wünsche mir mutige und selbstbewusste KollegInnen, die den Wert ihrer Arbeit erkennen und auch bereit sind, sich für Verbesserungen im KV aktiv einzusetzen.“



**Markus Marterbauer** leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und bloggt regelmäßig auf: [blog.arbeitswirtschaft.at](http://blog.arbeitswirtschaft.at)

## Vom Kollektivvertrag profitieren alle

**K**ollektivvertragliche Lohnpolitik gehört zu den Kerninstrumenten der Wirtschaftspolitik in Österreich. Sie sichert das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen in der jeweiligen Branche, hat Richtwertcharakter für andere Branchen und beeinflusst mit Konsum- und Exportnachfrage die wichtigsten Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist möglich, weil nahezu alle unselbstständig Beschäftigten von kollektivvertraglichen Vereinbarungen erfasst sind. Daraus resultieren positive Effekte, die sich sehr anschaulich am Beispiel der aktuellen Diskussion um die Mindestlöhne erklären lassen: Die Gewerkschaften bemühen sich darum, die niedrigsten Löhne für Beschäftigte über kollektivvertragliche Vereinbarungen zu erhöhen. Das hilft auch den Beschäftigten in Branchen, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht so hoch ist, wie etwa in manchen Dienstleistungsbereichen. Die öffentliche und politische Diskussion rund um den Mindestlohn bewirkt, dass auch in schwach organisierten Branchen gute Abschlüsse erzielt werden. In der Frühjahrsrunde der KV-Verhandlungen sind so große verteilungspolitische Erfolge erzielt worden.

Vom Kollektivvertrag und der gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung der Lohnpolitik profitieren alle: die Wirtschaft durch die ausgewogene Expansion von Export- und Konsumnachfrage; die Beschäftigten durch Reallohnzuwächse und stabile Arbeitsmarktlage; die Unternehmen durch gesicherte Wettbewerbsfähigkeit und der Sozialstaat durch sichere Finanzierungsgrundlagen für die von ihm bereitgestellten Dienstleistungen. ●

de Forderung sei die sechste Urlaubswoche, die Dürtscher „als Abtausch für die fortschreitende Arbeitszeitflexibilisierung“ sieht. Auch die Rahmenbedingungen der Teilzeit sollten über die KVs künftig weiter verbessert werden, Dürtscher strebt „lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle“ an.

Für Heidemarie Schreiberhuber, Betriebsratsvorsitzende der Pfeiffer Logistik in Traun, ist der Kollektivvertrag ein bedeutendes Instrument zur Durchsetzung der Interessen der ArbeitnehmerInnen: „Die Verankerung des Mindestlohnes auf Ebene des KV ist in unserer Branche besonders wichtig, weil im Handel sehr viele Frauen arbeiten und der Anteil der Teilzeitbeschäftigten besonders hoch ist. Viele Mitarbei-

terInnen sind finanziell auf das Weihnachts- und Urlaubsgeld angewiesen, wenn es darum geht, größere Anschaffungen oder Reparaturen zu finanzieren“, weiß die Gewerkschafterin. „Das jährliche Plus ist in unserer Branche deswegen besonders wichtig, weil Frauen seltener selbst eine Lohn-erhöhung fordern als Männer. Würde es die regelmäßigen kollektivvertraglichen Erhöhungen nicht geben, würden die Beschäftigten über die Jahre einen saftigen Reallohnverlust erleiden“, ist Schreiberhuber überzeugt.

### ZUSCHLÄGE IM KV ABGESICHERT

Trotz teils kraftraubender Verhandlungen blickt Schreiberhuber mit Stolz auf große Erfolge ►►

» der vergangenen Jahre zurück: „Die volle Anrechnung der Karenzzeiten bei Vorrückungen und ihre Berücksichtigung bei den Vordienstzeiten, Zuschläge für besondere Öffnungszeiten oder Inventur, Sonntagsarbeit oder die Lagerzulage – all dies haben wir in den Kollektivvertrag hineinverhandelt und so für alle KollektivInnen abgesichert.“ Als besonderen Erfolg wertet sie das Mindestgrundgehalt von 1.600 Euro brutto für Angestellte mit Einzelhandels- oder kaufmännisch administrativer Lehre. Auch die doppelte Entlohnung plus extra Freizeit für Arbeit am Marienfeiertag im Dezember ist im Handels-KV verankert.

Für Gerhard Grill, den Vorsitzenden des Angestelltenbetriebsrates der voestalpine Wire Austria in der Steiermark, haben die Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie eine ganz besondere Vorreiterfunktion: „Wir haben einen sehr hohen Organisationsgrad und tun uns daher leichter, gewisse Rechte der ArbeitnehmerInnen im KV zu verankern, als Branchen mit weniger Mitgliedern.“ Aus Sicht des Gewerkschafters wäre eine Lohn- oder Gehaltsfindung ohne das bewährte Instrument des Kollektivvertrages undenkbar. „Der KV hat drei wichtige Funktionen: Erstens die Friedensfunktion, zweitens die Schutzfunktion, die Mindeststandards festschreibt, die ansonsten permanent unterlaufen würden. Drittens die Wettbewerbsfunktion, die für alle Beschäftigten und auch die Arbeitgeber der jeweiligen Branche dieselben Bedingungen herstellt“, erklärt Grill. Gerade diese Wettbewerbsfunktion des KV sei auch für Arbeitgeber interessant, denn sie bringe mehr Fairness bei der Besetzung von Positionen.

## BEEINDRUCKENDE VERBESSERUNGEN

Der Kollektivvertrag hat den Beschäftigten in der Metallindustrie in den vergangenen Jahrzehnten einige beeindruckende Verbesserungen gebracht: „Die Umstellung der Vorrückungen mit gleichzeitiger Verteiloption hat den Beschäftigten mehr Gerechtigkeit gebracht“, erklärt Grill. Diese Verteilerfunktion ist im KV verankert und deswegen besonders wichtig, weil außerordentliche individuelle Gehaltserhöhungen immer schwieriger zu erreichen sind und es dennoch eines Topfes für Belohnungen bedürfe.

Die Marschrichtung für den Herbst ist für Grill klar: „Alle schauen bei den Kollektivvertragsverhandlungen auf uns Metaller. Wir dürfen nicht denselben Fehler machen wie die Gewerkschaften in Deutschland, die über viele Jahre bei den Lohnforderungen zu zurückhaltend waren. Wenn die Wirtschaft anzieht, dann müssen auch die Löhne anziehen“, betont Grill die Wichtigkeit einer ordentlichen Lohnhöhung. Langfristig zählt für den Gewerkschafter neben dem ausgehandelten Prozentsatz – der vor allem medial wichtig sei – aber vor

## ÖSTERREICH HAT EINE ABDECKUNG DURCH KOLLEKTIVVERTRÄGE VON 98 PROZENT.

allem das Rahmenrecht des Metaller-KV: „Das Urlaubsrecht und die Dienstreiseregelungen müssen dringend neu strukturiert werden – das hat volkswirtschaftlich eine sehr große Bedeutung“, ist Grill überzeugt.



98 Prozent der unselbstständig Beschäftigten fallen in Österreich unter einen KV. Im Handel etwa sind alle Arbeitsverträge erfasst, während es in Deutschland nur noch 23 Prozent sind.

Der Kollektivvertrag im Sozialbereich ist noch ziemlich jung. Monika Fließner, Betriebsratsvorsitzende der Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH in Graz sieht die Bedeutung des KVs in dem nun – mit Ausnahme von Vorarlberg – österreichweit einheitlichen Gehaltsniveau: „Vor 2005 hat es viele unterschiedliche Lohn Tabellen gegeben – ein paar waren gut, die meisten hatten allerdings eine miserable Höhe. Der Kollektivvertrag hat eine Einheitlichkeit geschaffen, von der die Beschäftigten profitieren.“ Vor Inkraft-Treten des Kollektivvertrages gab es unterschiedliche entgeltliche Vereinbarungen, die zwischen den jeweiligen Dienstgebern und dem Betriebsrat abgeschlossen wurden. Der KV gibt nun einheitliche Rahmenbedin-

gungen vor, die Beschäftigten wissen, mit wie viel Entgelt sie definitiv rechnen können. „Leider bleibt es beim Mindestgehalt, die DienstgeberInnen sind nicht wie in anderen Branchen bereit, überkollektivvertraglich zu entlohnen“, ist Fließler enttäuscht.

### **KV HAT RIESIGE BEDEUTUNG**

„Für die KollegInnen im Sozialbereich hat der KV eine wirklich riesige Bedeutung, er sichert die jährlichen Erhöhungen inklusive der Biennalsprünge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und Zulagen aller Art ab“, erklärt Fließler. Berechnungen haben gezeigt, dass sich für Angestellte der Verwendungsgruppe 6, in der sich die meisten Beschäftigten befinden, seit 2005 eine ca. 50-prozentige Erhöhung der Bruttobezüge ergeben hat. „Darauf sind wir stolz“, betont die Verhandlerin und warnt vor politischen Tendenzen, alles auf die betriebliche Ebene zu verlagern. Einzelne Betriebsratskörperschaften könnten nie so stark sein wie alle zusammen: „Gäbe es unterschiedliche Regelungen in den Betrieben, kämen diese enorm unter Druck, was sich wieder negativ auf die Beschäftigten auswirken würde.“

Eine der größten Errungenschaften der vergangenen Jahre ist für Fließler das amtliche Kilometergeld, das für dienstliche Fahrten ausbezahlt wird: „Das ist für viele Beschäftigte eine wichtige Einkommenskonstante.“ Auch die im KV festgelegte einheitliche Arbeitszeitregelung hätte in der Branche – vor allem im stationären Bereich – sehr viel Ruhe gebracht. „Der KV schreibt vor, dass eine ArbeitnehmerIn eine bestimmte Anzahl an Wochenenden im Durchrechnungszeitraum frei haben muss, Dienstpläne müssen so rechtzeitig erstellt werden, dass

die KollegInnen Privates planen können“, erklärt Fließler.

### **RECHTE DES MOBILEN DIENSTES GESTÄRKT**

Auch die Rechte der MitarbeiterInnen des Mobilen Dienstes konnten kollektivvertraglich gestärkt werden: Seit 1.2.2017 wird – beim geteilten Dienst – die Heimfahrt während der Mittagspause als Arbeitszeit angerechnet, auch Kilometergeld wird vergütet. „Für unsere MitarbeiterInnen ist das ein echter Gewinn“, so Fließler.

Der Sozialbereich hat noch viel vor: „Wir wollen eine 35-Stunden-

Woche, um ein Gehaltsplus von acht Prozent für die Beschäftigten zu erreichen“, so Fließler. Viele MitarbeiterInnen mit geringem Beschäftigungsausmaß würden derzeit an der Armutsgrenze leben. „Diese KollegInnen – vor allem jene im Mobilen Bereich – würden gerne mehr arbeiten. Von einem 15-Stunden-Job kann man langfristig nicht leben“, so die Gewerkschafterin. Neben einem Mindestgehalt von 1.700 Euro setzt sich Fließler auch für eine bessere kollektivvertragliche Anrechnung von Vordienstzeiten ein. ●

Andrea Rogy



### **Mehr Infos zum KV**

Infos über KV-Verhandlungen, Konflikte, Neuerungen und eine Volltextsuche in allen Kollektivverträgen finden sich unter:

[gpa-djp.at/kollektivvertrag](http://gpa-djp.at/kollektivvertrag)



## Garant für sozialen Frieden

Zwei Hände reichen nicht aus, um die diesjährigen Angriffe auf die österreichische Sozialpartnerschaft und das damit verbundene Kammersystem abuzählen. Wer greift hier eigentlich was an und warum?

Ein Kommentar von Wolfgang Katzian

**D**ie Kommentare reichen von der Kürzung der Kammerbeiträge über die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bis hin zum Totreden der Sozialpartnerschaft. Traditionell werden in Österreich ArbeitnehmerInnen durch die Arbeiterkammer und ArbeitgeberInnen durch die Wirtschaftskammer vertreten. Die Kammern erfüllen dabei im Interesse ihrer Mitglieder zahlreiche Aufgaben. So führte die Arbeiterkammer im vorigen Jahr zwei Millionen Beratungen zu den Themen Arbeits-, Sozial-, Steuer- und Konsumentenrecht durch. Im Schnitt nahm also jede/r zweite Beschäftigte dieses Service in Anspruch. Gemeinsam mit den Gewerkschaften führen die Kammern für ihre Mitglieder auch politische Verhandlungen. Sie beeinflussen durch Stellungnahmen geplante Gesetze mit Auswirkungen auf Arbeit und Wirtschaft und sorgen für einen fairen Interessenausgleich. ArbeitgebervertreterInnen verhandeln mit den Gewerkschaften ein Kollektivvertragssystem, das geregelte Arbeitsverhältnisse garantiert.

Kennzahlen wie die ausgezeichneten Rankings zur Lebensqualität oder zum Wirtschaftsstandort zeugen davon, dass es vielen Menschen und Unternehmen in Österreich gut geht. Der soziale Frieden ist auch Verdienst dieser jahrzehntelangen Partnerschaft. Der Präsident der Kärnt-

ner Wirtschaftskammer meinte im April in einem Gastkommentar in der Presse: „Gäbe es die Wirtschaftskammer und die Pflichtmitgliedschaft nicht – man müsste sie zum Wohl der Unternehmen glatt erfinden.“ Als mittelständischer Unternehmer weiß er, wovon er spricht – die meisten Leistungsangebote erbringt die Wirtschaftskammer nämlich für ihre klein- und mittelständischen Unternehmen.

Welche lauten Stimmen ertönen also, wenn wieder einmal versucht wird, den Ruf des Interessenausgleichs der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zu beschädigen? Nicht jene der ArbeitnehmerInnen – sie wissen um den Wert des Rückhalts bei Arbeiterkammer und Gewerkschaft Bescheid. Nicht jene der Klein- und MittelunternehmerInnen – sie schätzen das Leistungs-

angebot ihrer Kammern und Berufsverbände. Es sind die Stimmen mancher GroßunternehmerInnen und Industrieller. Jener, die sich ihre ganz persönlichen BeraterInnen und Lobbyisten leisten können oder vielleicht ihre Interessen bereits in einer Briefkastenfirma gesichert haben.

Die GPA-djp und die anderen ArbeitnehmervertreterInnen werden sich gemeinsam mit den ArbeitnehmerInnen weiterhin dagegen wehren, dass die Arbeiterkammer zu einem zahnlosen Tiger wird. Weil ArbeitnehmerInnen unabhängig vom Geldbörsel zu ihrem Recht kommen müssen! ●

**DER SOZIALE FRIEDEN  
IST VERDIENST DIESER  
JAHRZEHNTELANGEN  
PARTNERSCHAFT.**

Wolfgang Katzian ist Vorsitzender der GPA-djp, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, Abgeordneter zum Nationalrat und Mitglied im Weltvorstand des Union Network International.



## **GESCHICHTE**

### **40-Stunden-Woche**

Die gesetzliche 40-Stunden-Woche wurde vor 42 Jahren durch eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes von 1969 eingeführt. Neben der Einführung der Maximalarbeitszeit in Fabriken durch die Gewerbeordnungsnovelle 1885 und das Achtstundentaggesetz aus dem Jahr 1919 zählte die 40-Stunden-Woche zu den großen Meilensteinen in der mehr als 120-jährigen Geschichte der österreichischen Arbeitszeitpolitik.



# Wenn der Staat Armut fördert

Vor Hartz IV in Österreich und Folgeschäden warnt der Sozialwissenschaftler **Martin Schenk** von der Armutskonferenz im Interview mit der **KOMPETENZ**.

**KOMPETENZ:** Wie viele arme Menschen gibt es?

**Martin Schenk:** Eine Million Menschen sind einkommensarm; das sagt aber noch nichts über die konkreten Lebensbedingungen aus. Deshalb gibt es als Teilmenge davon eine zweite Zahl über die Deprivation oder soziale Ausgrenzung; sie sagt etwas über die tatsächlichen Lebensbedingungen, etwa ob die Wohnung feucht und verschimmelt ist, ob jemand Schulsachen für die Kinder kaufen kann oder einsam ist usw. Davon sind um die 400.000 Menschen in Österreich betroffen. Sie haben zu wenig Geld und sind ausgegrenzt. Die Einkommensarmen haben zu wenig Geld, sind aber nicht unbedingt ausgegrenzt.

**Somit gibt es mehr Arme als Arbeitslose?**

Ja. Am stärksten gefährdet sind Kinder, Menschen mit psychischen und physischen Beeinträchtigungen

und eine Gruppe von PensionistInnen, die die Ausgleichszulage oder die Mindestsicherung bekommen, wenn sie nicht genug Versicherungszeiten haben. Österreich hat ja keine Mindestpension wie Dänemark.

**Laut einer Wifo-Studie kommt unser Umverteilungssystem sehr wohl einkommensschwachen Haushalten zugute.**

Wir gehören zu den vier, fünf Ländern Europas mit der geringsten Armut. Das liegt – das bestätigen internationale Vergleiche – an den Sozialstaatsleistungen. Länder mit stark ausgebautem Sozialstaat können Armut präventiv verhindern. Das ist die gute Botschaft. Die andere ist: Die Schere zwischen den unteren und oberen Einkommen geht seit den 2000er-Jahren weiter massiv auseinander. Die Haushaltseinkommen blei-

ben dabei statistisch gesehen stabil, da der Sozialstaat bei Einkommensverlusten einspringt. Aber nimmt man die Vermögen dazu, geht die Schere weit auseinander, weil das Vermögen der oberen fünf Prozent stark gestiegen ist.

#### Welche Auswirkungen hätte die Einführung von Hartz IV nach deutschem Vorbild?

Wer Armut bekämpfen will, darf jedenfalls nicht einen staatlich geförderten Niedriglohnmarkt einführen. Der würde die Armut massiv bis in die unteren Mittelschichten hinauftreiben. Mit Hartz IV wurden in Deutschland zehn Prozent in den Niedriglohnmarkt und damit unter die Armutsgrenze gedrängt.

Das Versprechen war ja, dass über diese Billigjobs der Sprung in den Arbeitsmarkt gelingen würde. Aber alle Studien zeigen, dass das kein Sprungbrett, sondern eine Armutsfalle geworden ist. Zwölf Prozent schaffen es so in den Arbeitsmarkt, alle anderen bleiben unten picken und gelangen von schlechten Jobs zu schlechten Jobs. Da entstehen Drehtüreffekte. Diese Menschen können sich nur noch entscheiden zwischen nicht-existenzsichernd leben unter Hartz IV oder Jobs, die genauso wenig die Existenz sichern und krank machen. Mittlerweile rät auch die OECD Deutschland, stärker in höhere Löhne zu investieren und das Abstiegsrisiko der Mitte zu verringern. Deutschland ist laut Eurostat das Land mit dem höchsten Anstieg der Armut unter den Erwerbslosen in Europa.

#### Dennoch propagiert die Lobbygruppe „Agenda Austria“ die Einführung von Hartz IV in Österreich, und das Finanzministerium hat ausrechnen lassen, was die Einführung des Modells bei uns bringen würde.

Bei der Studie des Finanzministeriums ist ja herausgekommen, dass Hartz IV in Österreich zu 160.000 mehr Einkommensarmen führen würde. Die Folgekosten sind hier noch gar nicht miteingerechnet: Was würde das für die Bildung, den Aufstieg und die Sicherheit der Kinder in diesen Familien bedeuten? Zweitens die gesundheitlichen Auswirkungen durch das Leben unter der Armutsgrenze, und drittens die Auswirkungen auf das Wohnen. Viele dieser Menschen suchen dann Hilfe bei uns oder ziehen in billigere, oft feuchte, verschimmelte Wohnungen. Zentrale Faktoren für die Entwicklung von Kindern sind:

Gesundheit, Anerkennung, Förderung – keine Beschämung und keine Existenzangst. Die Streichungen der Wohnbeihilfe in England führten zu einem zehnpromtigen Anstieg von Erschöpfungsdepressionen bei Personen aus Niedrigeinkommenshaushalten, zeigen Studien der Universität Oxford.

#### Das hieße, Hartz IV würde durch Leistungskürzung und -verschärfung auch bei uns deutliche Kollateralschäden bringen?

Es wird nicht zusammengedacht! Gerade in sozialer und ökonomischer Hinsicht sind immer viele Dimensionen zu bedenken. Wir wissen ja aus der Begleitung von Arbeitslosen, dass der stärkste Impuls für einen neuen Job nicht der fünfte Computerkurs ist. Sondern dass Leute ihre gesundheitlichen Probleme aufarbeiten können, oder dass sie wieder gestärkt werden in Freundes- und sozialen Netzwerken und nicht länger einsam oder isoliert sind.

#### Was müsste die neue Bundesregierung tun?

Erstens das Thema Wohnen. Das ist bei vielen die Hauptsorge. Weil speziell in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck die Mieten massiv gestiegen und für viele nicht mehr leistbar sind. Da wäre der soziale Wohnbau sehr wichtig. Damit mehr leistbare Wohnungen am Markt verfügbar sind. Städte wie Wien wachsen, daher steigt die Wohnungsnachfrage – aber auch die Preise, weil es zu wenig Angebot an sozialen Wohnungen gibt. Das andere wäre ein Ausbau der Delogierungsprävention. Wien hat damit begonnen und wird europaweit auch oft als Vorzeigebispiel genannt; das gehört ausgeweitet auf den ländlichen Bereich und die Kleinstädte. Schutz vor Delogierung ist außerdem ökonomisch sinnvoll und kommt günstiger für die Verwaltung als die Wohnungslosenhilfe.

Zweite Priorität müsste die Bildung sein. Wir haben gemeinsam mit der Uni Linz den Chancenindex für Schulen entwickelt. Die Idee dahinter ist, Schulen in sozial benachteiligten Bezirken besonders gut auszustatten, damit sie keine Schüler zurücklassen und für alle Einkommensschichten attraktiv bleiben. Die Niederlande, Zürich, Hamburg und auch Kanada haben damit gute Er- ➤

#### ZUR PERSON:

**Martin Schenk** ist Sozialwissenschaftler und Mitinitiator zahlreicher sozialer Initiativen wie „Die Armutskonferenz“, „Hunger auf Kunst und Kultur“ (Kultur für Leute ohne Geld), Verein Hemayat (Betreuung schwer Traumatisierter).

**„MIT HARTZ IV WURDEN IN DEUTSCHLAND ZEHN PROZENT UNTER DIE ARMUTSGRENZE GEDRÄNGT.“**



### Armutskonferenz

Die „Armutskonferenz“, ein Zusammenschluss von ca. 40 Organisationen (Schuldnerberatung, Sachwalterschaft, Frauenhäuser, Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz u.a.), betreut pro Jahr 500.000 Menschen in Österreich. Im Herbst bringt sie das Buch heraus „Genug gejammert! Warum wir gerade jetzt ein starkes Sozialsystem brauchen“ (Ampuls Verlag).

» fahrungen gemacht. Dritte Priorität sollte Gesundheit sein. Das ist der dritthäufigste Grund, meist die Erschöpfungsdepression (Burn-out) nach dem Motto „ich kann nicht mehr“, weshalb Menschen bei einer der vierzig Organisationen der „Armutskonferenz“ Hilfe suchen. Eine riesengroße Frage ist die Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz.

#### Braucht es mehr Infrastruktur in ländlichen Gebieten?

Ja, vor allem in der Gesundheitsversorgung braucht es mehr psychosoziale Versorgung, Psychotherapie, finanzielle Unterstützung bei Heilbehelfen – und natürlich bei der Pflege. Wir haben das Problem, dass es in Österreich nur drei Stunden leistbare mobile Pflege gibt oder eben die 24-Stunden-Betreuung. Das macht es gerade für pflegende Angehörige – und das sind meist Frauen – unmöglich, Beruf und Familie zu ver-

## „WIR WISSEN AUS DER BEGLEITUNG VON ARBEITSLSEN, DASS DER STÄRKSTE IMPULS FÜR EINEN NEUEN JOB NICHT DER FÜNFTTE COMPUTERKURS IST.“

einbaren. Anders als in skandinavischen Ländern wie Dänemark, wo auch eine flexiblere 5-, 6- oder 7-Stunden-Pflege und -Betreuung möglich ist.

#### Woher müsste das Geld genommen werden, um all die Punkte umzusetzen?

Nicht alles sind Mehrkosten, wir ersparen uns auch viel an Kollateralschäden. Und Investitionen in beispielsweise Pflege und Bildung bringen einen return on investment bei Jobs, Gesundheit, Belebung ländlichen Raums und Erwerbsquote. Es macht auch Sinn und ist für die Mittelschichten günstiger, die Pflege mit der Erbschaftssteuer zu koppeln, statt den Faktor Arbeit noch weiter zu belasten. Auch die Debatte über eine Wertschöpfungsabgabe werden wir zukünftig führen. Die Arbeitswelt ist in Veränderung, da muss auch die Finanzierung des Sozialen für uns alle zukunftstauglich gemacht werden. ●

Das Interview führte Heike Hausensteiner



# 36.700

Euro betrug 2016 in Österreich die Wirtschaftsleistung je EinwohnerIn. Das liegt 26 Prozent über dem EU-Schnitt und ist der vierthöchste Wert der EU.

# 22.989

Euro betrug 2015 das verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf. Das ist der zweithöchste materielle Lebensstandard der EU.

# 370.000

Personen waren in Österreich Ende Juli arbeitslos. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitslosigkeit um 2,4 Prozent.

Nur **3** von **10**

Kindern unter 6 Jahren haben einen **Betreuungsplatz, der mit Vollzeitarbeit vereinbar ist. Am meisten Betreuungsplätze fehlen bei den unter Dreijährigen.**

# 50.000

Menschen über 50 sind derzeit langzeit-arbeitslos. Das bedeutet, dass sie trotz Arbeitswillen und Arbeitsfähigkeit seit über einem Jahr keine Anstellung finden.

# 80 %

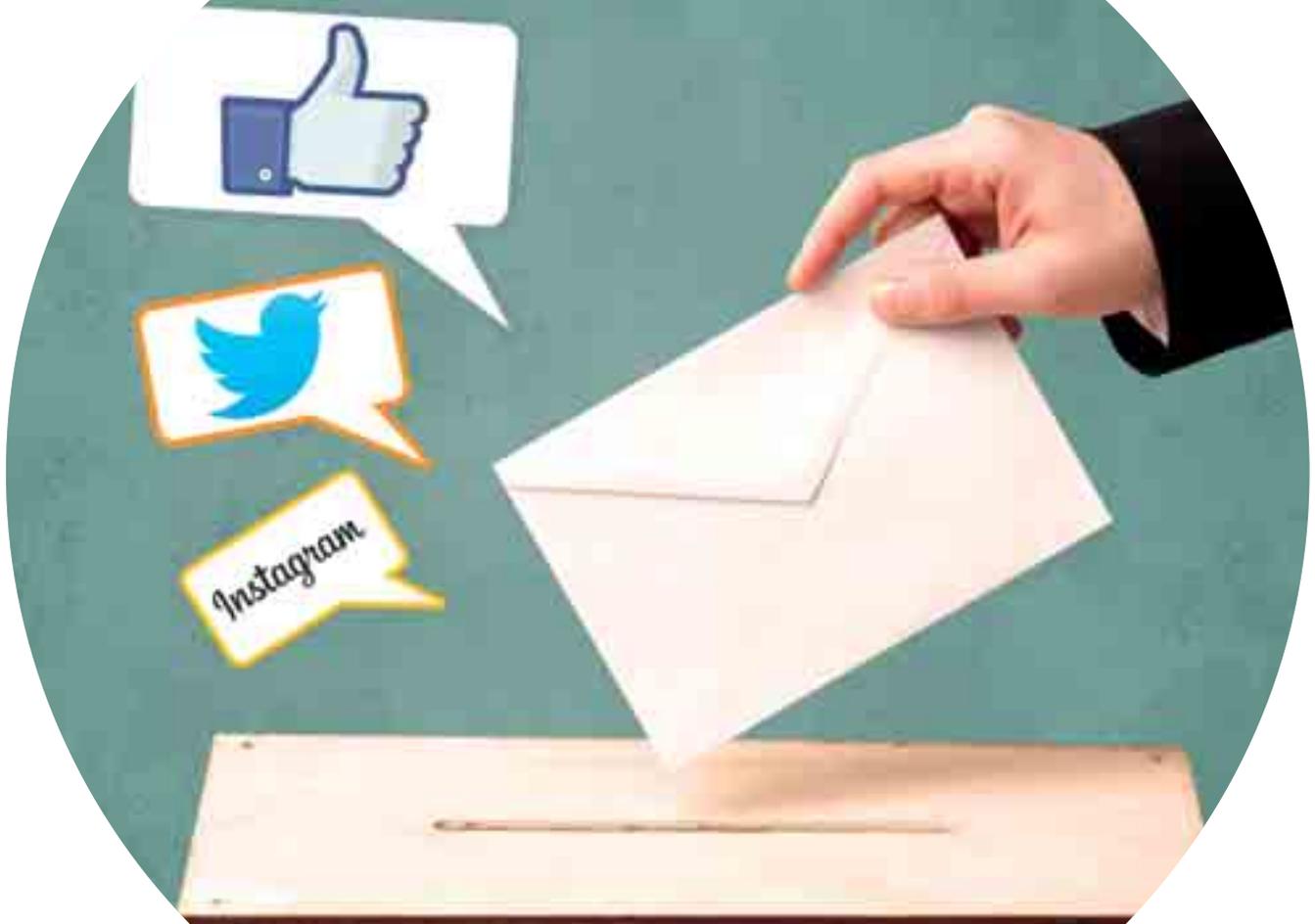
der knapp 1,1 Millionen Teilzeitbeschäftigten in Österreich sind Frauen. Teilzeitbeschäftigung reduziert das Einkommen und senkt damit auch die Pensionshöhe.

# Zwei Komma Acht

Prozent beträgt laut OECD der Anteil der Verwaltungskosten bei den österreichischen Krankenkassen.

# 31,8

Prozent betragen im Vergleich dazu die Verwaltungskosten der österreichischen Privatversicherungen.



**Follow Me!**

**Vote for Me!**

„Soziale Medien“ sind nicht nur geläufig, sie sind allgegenwärtig. Auch Wahlkämpfe kommen nicht mehr ohne Soziale Medien aus.

**W**ir können unsere Sozialen Medien via Handy immer bei uns tragen. Jeder zweite Mensch, der einem auf Österreichs Straßen begegnet, hat einen aktiven Facebook-Account. In anderen Ländern sind es meist noch mehr. Wenn man Antworten auf die Frage sucht, wie Soziale Medien politische Wahlkämpfe beeinflussen können, können wir schon eine Antwort geben – die pure Reichweite. Also die Anzahl der Personen, welche grundsätzlich über ein Soziales Medium erreicht werden können.

#### **KLASSISCHE MOBILISIERUNGSFORMEN UND SOZIALE MEDIEN**

Die Art und Weise wie Menschen kommunizieren und sich engagieren hat sich verändert. Klassische Mobilisierungsformen sind nicht obsolet geworden, sie kommen aber nicht mehr ohne eine Ergänzung durch Soziale Medien aus. Diesen Kulturwandel muss man berücksichtigen. Ein gutes Beispiel ist die Social-Media-Strategie des britischen Politikers und Vorsitzenden der Labour Partei Jeremy Corbyn, der es auf beispiellose Weise geschafft hat, vor allem junge Menschen für seine Kampagne zu begeistern.

#### **SOZIALE MEDIEN SIND SOZIALE MEDIEN**

Soziale Medien dienen nicht nur der Informationsverbreitung, ihre primäre Funktion ist Gemeinschaftsbildung. Das hat auch bekannte Nebeneffekte, wie etwa die Tendenz, dass sich sogenannte Filterblasen oder Echokammern bilden. Man also nur noch mit Inhalten konfrontiert wird, welche dem eigenen Weltbild entsprechen. Trotzdem bieten Soziale Medien für die Verbreitung von Inhalten einen entscheidenden Vorteil – Menschen werden in einem quasi privaten, ja geradezu intimen Umfeld angesprochen.

## LIKE-VERHALTEN IST NICHT GLEICH WAHL-VERHALTEN

Die bloße Anzahl von Likes, Shares und Interaktionen ist nicht allein ausschlaggebend dafür, wie erfolgreich eine Wahlkampagne insgesamt ist. Auch die beiden Bundespräsidentenwahlkämpfe 2016 in Österreich haben das gezeigt. Der amtierende Bundespräsident war auf den Sozialen Medien zahlenmäßig unterlegen. Das zeigt einen sehr wichtigen Aspekt auf; die Präsenz auf Sozialen Medien ist zwar wichtig, weil



**Wahlkampf 4.0:** Der britische Labour-Politiker Jeremy Corbyn posiert im Rahmen seiner Wahlkampftour mit UnterstützerInnen für ein Selfie.

sie unabhängiger von klassischen Medien macht, aber das allein reicht nicht aus, um eine Wahl zu gewinnen. Der zentrale Erfolg liegt in der Übersetzung der digitalen Unterstützung in tatsächliches Wahlverhalten. Und spätestens ab diesem Zeitpunkt braucht es mehr als Reichweite auf Sozialen Medien. Denn entscheidend sind letzten Endes nicht Zahlen, sondern Menschen.

### DAS BEISPIEL JEREMY CORBYN

Wie aber bringt man den Erfolg aus dem Netz auf die Straße? Soziale Medien stehen nie allein. Gerade junge Menschen,

die ganz natürlich mit Sozialen Medien aufwachsen, nutzen diese, um sich zu vernetzen, Gemeinschaften zu bilden und eben auch dafür, sich zu engagieren. Jeremy Corbyn hat gezeigt, dass man nicht seine Ideale und Inhalte verbiegen muss, damit sie den Eigenschaften neuer Medien gerecht werden. Seine Botschaften sind im Kern seine Haltung seit den Siebzigerjahren. Mit mäßigen Umfragewerten in den Wahlkampf gestartet, gelang Corbyn bei den Wahlen schließlich ein beachtlicher Erfolg.

### FRUCHTBARER BODEN FÜR SOCIAL-MEDIA-KAMPAGNEN

Große Einsätze und Bemühungen auf Sozialen Medien brauchen Zeit. Beispielsweise hat Corbyns Kampagne im Finale zu den Parlamentswahlen, zwischen dem 19. Mai und dem 6. Juni, 259 Social-Media-Beiträge verfasst. Diese wurden mehr als 4.000-mal geteilt und über 10.000-mal „geliked“. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber längst eine Basisbewegung etabliert. Diese bestand aus einer Vielfalt von Anhängern, die ihrerseits eigene Organisationsstrukturen aufgebaut hatten. Permanent wurden Menschen motiviert, sich auf ihre eigene Weise zu engagieren. Der Aufwand der Aktivitäten auf Sozialen Medien fiel auf vorbereiteten, fruchtbaren Boden. Sogenannte „grass-roots movements“ (Graswurzelbewegungen: Damit werden politische oder gesellschaftliche Initiativen bezeichnet, die aus der Basis der Bevölkerung entstehen.) bildeten sich autonom und boten AktivistInnen Gelegenheit, sich für Aktionen und Hausbesuche zu organisieren. Das wirkte wiederum zurück und unterstützte die Aktivitäten auf den Sozialen Medien. Die Kampagne wurde nach und nach

als Bewegung der Bevölkerung selbst wahrgenommen.

### STARKE BOTSCHAFTEN UND KLARE ZIELE

Namhafte JournalistInnen, KünstlerInnen und Persönlichkeiten in der Social-Media-Landschaft verbreiteten Botschaften und sorgten dafür, dass Menschen sich nicht nur betroffen fühlten, sondern auch selbst anpacken wollten. Der Zugang, die Kampagne zu unterstützen wurde so leicht wie möglich gemacht. In der Kommunikation ist es wichtig, dass klare Ziele vermittelt werden. So hat etwa die Plattform „Hope Not Hate“ (Hoffnung statt Hass) zwei bezahlte Social-Media-Kampagnen umgesetzt, die Menschen unter 25 Jahren dazu bewegten, sich überhaupt für die Wahl zu registrieren. Die Wahlbeteiligung der unter 25-Jährigen konnte so um fast 59 Prozent gesteigert werden.

### EIN REZEPT FÜR DEN ERFOLG?

Ein Rezept für den Erfolg gibt es wie bei herkömmlichen Kampagnen auch in den Sozialen Medien nicht. Erst das Zusammenspiel von Botschaft, Angebot und Partizipation ermöglicht es, dass Menschen nicht nur bereit sind einen Knopf zu drücken, sondern sich darüber hinaus zu engagieren und letzten Endes eine Wahlentscheidung zu treffen.

Also Ja – Soziale Medien beeinflussen den Verlauf von Wahlen. Ihre Wirkung entfalten sie aber erst nachhaltig, wenn Inhalte wichtig, überzeugend und auch außerhalb der digitalen Welt Menschen begeistern. Wenn Soziale Medien nicht als Ersatzdiskurs angesehen werden, sondern als eine direkte Möglichkeit, mündige Mitmenschen zu erreichen, wird ihr Einfluss auf Wahlen ein entsprechend großer sein. ●

Marc Pieber

## ARBEITSMARKT

# Digitalisierung schafft Arbeitsplätze

**Digitalisierungsstudie.** Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche und hat gewichtige Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Teilweise herrscht auch Verunsicherung bezüglich des Verlustes von Arbeitsplätzen. Agnes Streissler-Führer, seit 2017 als Mitglied der Bundesgeschäftsführung der GPA-djp zuständig für Digitalisierung, hat im Auftrag des Bundeskanzleramts den österreichischen Arbeitsmarkt in der Zeit zwischen 1995 und 2015 und dabei auch die Entwicklungen in den wichtigsten Branchen und die Auswirkungen der Digitalisierung auf diese untersucht. Zusammenfassend kommt die Studie zu dem

Schluss, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen der Beschäftigung und der Wertschöpfung auf der einen, und der Digitalisierung auf der anderen Seite gibt. Dabei zeigt sich, dass die Zunahme an Arbeitsplätzen und der Wertschöpfung in stärker digitalisierten Branchen größer ist. Konkret heißt das, dass zwischen 1995 und 2015 in den stark bis sehr stark digitalisierten Branchen 390.000 Arbeitsplätze hinzugekommen und 75.000 Arbeitsplätze weggefallen sind. In den mäßig bis wenig digitalisierten Branchen hingegen sind zwar 189.000 Arbeitsplätze dazugekommen, aber dafür 280.000 weggefallen. ●



**Agnes Streissler-Führer:** „Die Digitalisierung hat zwar in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu keinem Rückgang der Beschäftigung geführt. Wir dürfen aber dennoch nicht warten, bis jemand arbeitslos wird. Wir müssen vielmehr die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen erhalten, damit der technische Fortschritt nicht zu einem gesellschaftlichen Rückschritt wird.“

# KOMPAKT



**Frauenmangel.** Nur in 14 Prozent der 63 im Wiener Börse Index notierten Unternehmen findet sich überhaupt ein weibliches Vorstandsmitglied.

## BÖRSENKONZERNE

### 94 % Männer in Vorständen, Frauenanteil steigt kaum

**Frauenquoten.** Nach wie vor sind die Vorstände der börsennotierten Unternehmen in Österreich männerdominiert. Der Frauenanteil ist in den vergangenen Jahren kaum gestiegen. Unter 196 Vorstandsmitgliedern finden sich nach wie vor nur 11 Frauen.

Sogar gesunken ist der Frauenanteil in den Aufsichtsräten derselben Unternehmen. Dort sitzen aktuell weniger Frauen als im Vorjahr – statt 17,7 nur noch 17,4 Prozent. Von 593 Aufsichtsratsmitgliedern sind nur 103 Frauen. Die Mehrheit der von der Frauenquote betroffenen börsennotierten Unternehmen hat großen Aufholbedarf: Nur 9 von 48 Unternehmen haben mehr als 30 Prozent Frauen in ihrem Aufsichtsrat. ●

BFI

## Schulabschluss nachholen, Chancen verbessern

**Jobchancen.** Für junge Leute, die auf der Suche nach einer zweiten Chance sind, nachdem sie ihre Schulausbildung abgebrochen haben, oder für Berufstätige, die durch einen höheren Abschluss ihre Jobchancen verbessern wollen, haben die Kaufmännischen Schulen des bfi Wien das passende Angebot.

In der Abendschule kann in zwei Jahren die Handelsschul-Abschlussprüfung oder in vier Jahren die HAK-Matura nachgeholt werden. Diese Studienzeiten können erheblich kürzer ausfallen, da Lehrabschlusszeugnisse oder Zeugnisse aus weiterführenden Schulen angerechnet werden.

Abgerundet wird das Bildungsangebot durch das Kolleg für Entrepreneurship und Management, das berufstätigen Menschen mit Matura in zwei Jahren eine zusätzliche kaufmännische Ausbildung ermöglicht. Durch flexible Unterrichtsgestaltung, Förderangebote und persönliche Betreuung der Studierenden sind die Erfolgsquoten bei den abschließenden Prüfungen sehr hoch. Besonders Berufstätige schätzen die Möglichkeit, in der Fernschule die wöchentliche Anwesenheit auf zwei bis drei Abende zu reduzieren.



**Abendschule.**  
Weiterbildung  
für Berufstätige

### SOLIDARITÄT

## Billig ist nicht besser

**Verschlechterung.** Die pro mente Reha beabsichtigt, alle ab 1. November 2017 neu eintretenden MitarbeiterInnen in den Kur- und Reha-Kollektivvertrag einzustufen – statt des Sozialwirtschaft-Österreich-Kollektivvertrags.

Dies bedeutet für die Beschäftigten eine massive Verschlechterung sowohl beim Gehalt als auch beim Rahmenrecht. Der Betriebsrat der pro mente Reha ersucht daher um Unterstützung der online Solidaritätserklärung.

<http://bit.ly/Solidarität-mit-den-Beschäftigten-der-pro-mente-Reha>

Die nächste Möglichkeit einzusteigen, bietet sich am 4. September. Nähere Informationen können am Informationsabend, am 11. Jänner 2018, oder jederzeit in einem Beratungsgespräch beim Abendschulkoordinator, Mag. Thomas Nausner, eingeholt werden.

Schulen des bfi Wien, Margaretenstraße 65,  
1050 Wien, Tel.: 01 587 96 50  
[www.schulenbfi.at](http://www.schulenbfi.at)

### BUCHTIPP

## Der Betriebsrat in Aktion – Vom Lernen ins Tun.

**Handbuch.** In der Hoitzhittn GmbH im Waldviertel brennt der Hut. Gerade mal ein halbes Jahr ist der Betriebsrat in seiner Funktion, schon erfährt er, dass Teile der Produktion geschlossen und Arbeitsplätze nach Tschechien und in die Crowd verlagert werden sollen. Gleichzeitig stehen Entlassungen im Raum und die Beschäftigten haben allerhand Fragen zu Mutterschutz, Mobbing, Versetzung, Gehaltseinstufung, Invaliditätspension etc.

Dieses Buch liefert praktisch und unterhaltsam Entscheidungshilfen, Strategien und handwerkliche Tipps für BetriebsrätInnen.



Varia ÖGB-Verlag  
2017/ 180 Seiten  
EUR 29,90  
ISBN 978-3-99046-306-2



**pro mente Reha.**  
Den Beschäftigten drohen massive Verschlechterungen.

# Arbeitsrecht zum Babybrunch

Service is our Success – die österreichische Fluglinie, die mit diesem Slogan für sich warb, gibt es nicht mehr. Der Betriebsratschef der Angestellten am Flughafen Schwechat sorgt dafür, dass das Motto nicht in Vergessenheit gerät. Ein Besuch bei **Thomas Schäffer** und seinem Team.

**D**as Büro des Angestellten-Betriebsrats auf dem riesigen Areal des Flughafens Wien zu finden, stellt für Betriebsfremde eine gewisse Herausforderung dar. Die dementsprechende Kurznachricht an den Vorsitzenden Thomas Schäffer beantwortet er in Sekundenschnelle: „Ich komme zum nh-Hotel, bis gleich“, und tatsächlich lacht der 34-Jährige wenige Minuten später aus seinem Auto, das er schon startklar positioniert hat. In seinem Büro angekommen, serviert er Kaffee und entschuldigt sich für das kreative Chaos auf dem Schreibtisch und dafür, dass er noch schnell einen Stapel Geburtstagskarten unterschreiben muss. Persönliche Zeilen von Schäffer und seinem Stellvertreter Herbert Frank gibt es für jede/n der rund 1.270 Angestellten – wie zum Beispiel die KollegInnen im Office Park, im Terminal und auf dem Vorfeld.

Auch die sogenannten Ramp Agents, die Flugzeuge auf den Abflug vorbereiten, sind Angestellte des Flughafens.

Schäffer, der bereits vor 16 Jahren als Bürokaufmann-Lehr-

ling am Flughafen begonnen hat, kennt fast alle KollegInnen persönlich. „Mir ist es sehr wichtig, zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den persönlichen Kontakt zu halten.“ An heißen Sommertagen begeben sich die BetriebsrätInnen auch aufs Rollfeld, um bei den Ramp Agents Eis zur Abkühlung zu verteilen. „Das musst du einmal aushalten bei der Hitze auf dem Asphalt“, erklärt Schäffer.

Natürlich sind es nicht nur nette Gesten wie diese oder die Blumenaktion, bei der im Frühjahr alljährlich gratis Kräuter- und Gemüsepflanzen verteilt werden, oder die zahlreichen Gutscheine, die der Betriebsrat ausverhandelt, die den Erfolg ausmachen. Das Team der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen rund um Thomas Schäffer gewann bei der Betriebsratswahl im Vorjahr mit einer Zustimmung von 85 Prozent satte 20 Prozent dazu.

## MEHR ALS „EVENT-KLASSIKER“

„Wir haben schon mehr zu bieten“, erzählt der Wahl-Burgenländer, der schon mit 19 Jahren Jugendvertrauensrat war und seit zwei Jahren Betriebsratsvorsitzender ist. So ist nach längeren

Verhandlungen eine Sabbatical-Regelung gelungen, die sehr gut angenommen wurde. Stolz ist der 34-Jährige außerdem auf die volle Anrechnung der Karenzzeiten für RückkehrerInnen, die außerdem auch als Teilzeitbeschäftigte Gleitzeitmodelle in Anspruch nehmen dürfen – „davon machen viele Gebrauch“.

Als zweifacher Vater weiß Thomas Schäffer auch, wie wichtig der Papamonat ist, für den es in der Flughafen Wien AG sowohl einen Rechtsanspruch als auch das 50-prozentige Gehalt gibt. „Die gute Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber ist uns sehr wichtig“, betont Schäffer. So veranstaltet die Personalabteilung in Kooperation mit dem Betriebsrat auch zweimal jährlich einen Babybrunch: „Da geht es nicht nur um den Erfahrungsaustausch,





## ZUR PERSON

**Thomas Schäffer** ist seit zwei Jahren Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrats am Flughafen Wien und vertritt rund 1.270 Angestellte. Vor 16 Jahren begann er als Bürokaufmann-Lehrling am Flughafen. Mit 19 wurde er Jugendvertrauensrat und vor elf Jahren Betriebsrat.

Flughafen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind wirklich am Limit, gleichzeitig werden die Herausforderungen für alle umfassender. So erfreulich die angekündigte Andockung von EasyJet in Wien ist, es bedeutet wie andere positive Entwicklungen mehr Arbeit. Ich bin sicher, dass die Leute für eine 38-Stunden-Woche auf die Straße gehen würden – das Thema Zeit, eine gute Work-Life-Balance wird immer wichtiger.“

Die Frage, ob er mit seinen vielen Aktivitäten und langen Arbeitstagen diesbezüglich ein Vorbild sei, beantwortet Thomas Schäffer mit einem Grinsen und erklärt, was man ihm ohnehin anmerkt: „Aber es macht mir ja Spaß!“ Immerhin steht heuer auch der „erste ausgiebige Urlaub“ seit der Übernahme des Chefsessels auf dem Programm, der 34-Jährige freut sich auf die Zeit mit der Familie auf einem Bauernhof – „da gibt es viele Tiere, das ist Action für die Kinder“. Ein Überflieger wie Thomas Schäffer mag es eben auch im Urlaub nicht so ruhig. ●

Litsa Kalaitzis

wir informieren auch über arbeitsrechtliche Neuerungen.“ Rechtliche Neuerungen interessieren auch die KollegInnen in der „Nullzeit“ ihrer Altersteilzeit sehr. Für diese gibt es einen „Altersteil-

der NÖGKK die Handysignatur als elektronischen Ausweis aufs Handy laden zu lassen, sei von vielen in Anspruch genommen worden. „Event-Klassiker“, wie Thomas Schäffer die Grillkurse, Betriebsausflüge, organisierte Besuche von Schirennen, Fußballspielen und Wiener Wies'n bezeichnet, sollen genauso weiter ausgebaut werden wie das Sportangebot des Kultur- und Sportvereins der Flughafen Wien AG, dessen neu gewählter Obmann seit dem Vorjahr Thomas Schäffer ist.

## KÜRZERE ARBEITSZEIT

Größte Priorität hat für ihn nicht die Gestaltung der Freizeit, sondern jene der Arbeitszeit, erklärt Schäffer: „Wir brauchen eine Verkürzung der Arbeitszeit – generell und ganz besonders hier am

zeit“-Stammtisch, damit sie den Kontakt zum Unternehmen nicht verlieren.

Stark besucht sind außerdem Beratungstage, wie beispielsweise von der PVA, und auch das Angebot des Betriebsrats, sich mit Unterstützung eines Experten

**„MIR IST ES SEHR WICHTIG, ZU DEN MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DEN PERSÖNLICHEN KONTAKT ZU HALTEN.“**



Der neue KV bringt ein höheres Einstiegsgehalt, übersichtlichere Gehaltseinstufungen und die Anrechnung der Karenzzeiten.

# Ein Meilenstein mit Vorbildwirkung

Der neue Handels-Kollektivvertrag bietet für die 400.000 Angestellten in Österreich eine Reihe von Verbesserungen. Bis spätestens 2021 muss umgestellt werden.

**W**as lange währt, wird endlich gut. Über 40 Verhandlungsrunden und drei Jahre dauerte es, bis sich die Sozialpartner auf ein modernes Gehaltschema im Handel einigten. Über die positiven Veränderungen dürfen sich rund 400.000 Angestellte im Einzel-, Groß- und Kfz-Handel freuen. Ihr neuer Kollektivvertrag (KV) sieht höhere Einstiegsgehälter, eine flachere Gehaltsstruktur, die übersichtliche Gehaltseinstufung und vor allem Verbesserungen für Frauen vor. Gültig wird der neue Handels-KV ab 1. Dezember 2017, eine Übergangsfrist läuft bis Dezember 2021 – in diesem Zeitraum müssen Unterneh-

men auf die neue Vereinbarung umstellen. „Mit der fairen Verteilung des Lebenseinkommens und mit der neuen Bewertung von Qualifikationen und Berufsbildern im neuen Kollektivvertrag, haben wir den Bedürfnissen vieler Angestellter Rechnung getragen“, erklärt Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereichs Handel in der GPA-djp.

## SO SIEHTS JETZT AUS

Für Angestellte mit Einzelhandels- oder kaufmännisch administrativer Lehre wird ein Mindestgehalt von 1.600 Euro brutto im Monat (statt bisher 1.546 Euro) gelten. Der jährliche KV-Abschluss ist darin noch nicht ent-

halten. Das Einstiegsgehalt ist in den vergangenen Jahren überproportional gestiegen, 2005 waren es noch 1.096 Euro. Im neuen KV werden auch die Karenzzeiten bei Vorrückungen voll angerechnet – davon profitieren vor allem junge Mütter. Anita Palkovich, Wirtschaftsbereichssekretärin der GPA-djp: „Die volle Anrechnung von Karenzzeiten im neuen Gehaltssystem erhöht beispielsweise das Lebenseinkommen für eine Frau mit zwei Kindern um drei Prozent.“

Einfache Regelungen gelten nun bei der Entlohnung. Denn bisher bekamen etwa BuchhändlerInnen oder DrogistInnen unterschiedliche Gehälter ausbe-

## DAS GILT BEIM UMSTIEG:

- 1) Ein Betrieb geht per Stichtag in den neuen KV über. Wer vor dem Stichtag aufgenommen wird, fällt unter den alten KV. Mit dem Stichtag gehen alle Verträge in den neuen KV über. Die Übergangsfrist läuft vom 1. 12. 2017 bis 1. 12. 2021.
- 2) Der Stichtag ist mit dem Betriebsrat zu vereinbaren.
- 3) In Betrieben ohne Betriebsrat muss der Stichtag drei Monate vor Übertritt bekannt gegeben werden.
- 4) Einen Monat vor dem Übergang erhalten die Angestellten einen Umstiegs-Dienstzettel. Damit können sie überprüfen, ob sie richtig eingestuft sind.
- 5) GPA-djp-Mitglieder erhalten eine individuelle Umstiegsberatung. Infos unter: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

zahlt. Ebenso wurde in Salzburg und Vorarlberg nach einem anderen Schema vergütet als in den sieben anderen Bundesländern. Insgesamt gibt es derzeit acht Handels-Bereiche (u. a. Foto- oder Lebensmittelhandel), die einen unterschiedlichen Tarif erhalten. Im neuen KV gilt nur noch eine Tabelle für das gesamte Bundesgebiet und alle Handelsbranchen.

#### FÜR DIE ZUKUNFT GERÜSTET

Die Entwicklung des Online-Handels wirkt sich immer mehr auf den stationären Handel aus. „Wir haben uns deshalb gefragt, wo sich der stationäre Handel vom Online-Handel abgrenzt“, erklärt Anita Palkovich. „Und wir haben uns zusammengesetzt und überlegt, welche Herausforderungen generell für die Zukunft im Handel gelten.“

Ergebnis: Der stationäre Handel kann sich besonders durch Beratung und Service unterscheiden. Deswegen ist es für die Branche existenziell wichtig, dass sich die MitarbeiterInnen weiterbilden. „Unternehmen, die das Fachwissen ihrer Angestellten nutzen, werden auch eine bessere Qualität und Kundenbindung erreichen können“, weiß Franz Georg Brantner. Deshalb wird eine unternehmensspezifische Fortbildung bei der Gehaltseinstufung berücksichtigt.

#### NUN ZÄHLEN VERANTWORTUNG UND KENNNTNISSE

Alle Angestellten im Handel bekommen durch den neuen KV ein höheres Gehalt oder gleich viel wie bisher. Im Übergang muss allerdings darauf geachtet werden, dass alle Angestellten in die rich-

tige Gruppe kommen. „Das neue Beschäftigungsgruppenschema löst die bisherigen Einstufungsprobleme. Es gibt kein ‚überwiegend‘ mehr“, erklärt GPA-djv-Wirtschaftsbereichssekretärin Palkovich. Nun werden für jede Beschäftigungsgruppe und Tätigkeit Bewertungskriterien eingeführt. Überprüft wird, welche Verantwortung und Befugnis mit dieser Tätigkeit verbunden sind oder welche Fachkenntnisse dafür gebraucht werden.

Palkovich: „Wenn ich etwa die Befugnis für die eigenständige Bearbeitung bei Reklamationen habe, dann ist es egal, wie oft das geschieht – aufgrund der Befugnis und der damit verbundenen Verantwortung bin ich höher einzustufen. Auch wenn Beschäftigte regelmäßig in einer Fremdsprache beraten, sind sie höher einzustufen.“

Sämtliche Tätigkeiten im Handel wurden in acht neue Beschäftigungsgruppen zusammengefasst. Sie ersetzen schwammige Formulierungen wie etwa „einfache“ oder „schwierige“ Tätigkeiten. Außerdem werden auch die neuen Berufsfelder im Online-Handel besser abgebildet.

## DER NEUE KV BRINGT AUCH EINE NEUBEWERTUNG VON QUALIFIKATIONEN UND BERUFSBILDERN.

Daneben wird die facheinschlägige Ausbildung aufgewertet, sie wird nun bei den Einstufungskriterien berücksichtigt, wenn die Ausbildung für die Tä-

tigkeiten von Bedeutung ist. Ein Fliesenleger, der im Baumarkt arbeitet, wird damit in einer höheren Beschäftigungsgruppe als bisher eingeordnet werden.



**Anita Palkovich:** „Die volle Anrechnung von Karenzzeiten erhöht das Lebenseinkommen für eine Frau mit zwei Kindern um drei Prozent.“



**Franz Georg Brantner:** „Die faire Verteilung des Lebenseinkommens trägt den Bedürfnissen vieler Angestellter Rechnung.“

Auch ist Erfahrung nicht länger ein Hindernis für eine Neuanstellung. Franz Georg Brantner: „Durch die flachere Struktur in der neuen Gehaltstabelle und einer neuen Systematik bei den Vordienstzeiten haben Ältere wieder bessere Chancen, eine Beschäftigung zu finden.“

Auch ist Erfahrung nicht länger ein Hindernis für eine Neuanstellung. Franz Georg Brantner: „Durch die flachere Struktur in der neuen Gehaltstabelle und einer neuen Systematik bei den Vordienstzeiten haben Ältere wieder bessere Chancen, eine Beschäftigung zu finden.“

#### AUCH FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE

Neben der Fachkarriere wird jetzt als neues Element auch die Führungslaufbahn im neuen Kollektivvertrag abgebildet. Stellvertreteraktivität ist klar abgebildet und zusätzliche Entlohnung für „Tagesvertretungen“ ermöglicht auch Teilzeitbeschäftigten, Führungsaufgaben wahrzunehmen. Für die sogenannten „All-in-Verträge“ gibt es nun eine Transparenz-Klausel. Künftig müssen auf dem Dienstzettel das Mindestgehalt, die Überzahlung und sämtliche pauschal abgegoltenen Entgeltbestandteile aufgeschlüsselt werden.

„Die Abgeltung von Überstunden an Sonn- und Feiertagen ist dabei ausgenommen“, erklärt Palkovich. Diese Überstunden müssen – trotz „All-in-Vertrag“ – extra abgegolten werden. „Betriebe sind verpflichtet, den MitarbeiterInnen im Kalenderjahr eine Deckungsrechnung vorzulegen. Das dient einerseits der Rechtssicherheit der Betriebe, andererseits können die Ansprüche unserer Mitglieder auf diese Weise besser überprüft werden.“

Christian Resei

# KONKRET

## Faktencheck Hartz IV

Immer wieder wird in der politischen Debatte im Zusammenhang mit Reformen auf dem Arbeitsmarkt der Begriff Hartz IV als angebliches Best-Practice-Beispiel und Vorbild für Österreich genannt.

Wir beantworten die wichtigsten Fragen rund um diesen Begriff.

### ? Was ist Hartz IV?

Hartz IV ist ein kombinierter Arbeitslosengeld- und Sozialhilfebezug in Deutschland. Bis Mitte der 2000er-Jahre gab es in Deutschland ein System, das mit dem österreichischen System von Arbeitslosengeld und anschließend Notstandshilfe vergleichbar war. Mit den Arbeitsmarktreformen, die nach dem Leiter der Reform-Arbeitsgruppe, dem ehemaligen VW-Manager Peter Hartz, benannt wurden, wurde dieses System komplett auf den Kopf gestellt.

### ? Bringt Hartz IV Arbeitslose rascher in Arbeit?

Aus den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit geht hervor, dass Hartz-IV-BezieherInnen im Gegenteil immer länger arbeitslos sind. Arbeitsfähige Hartz-IV-BezieherInnen waren im Jahr 2016 im Schnitt 629 Tage arbeitslos. 2011 waren es noch um 74 Tage oder 13,3 Prozent weniger. Anstelle einer Aktivierung der Arbeitslosen führt Hartz IV also zu einem längeren Verbleib in der Arbeitslosigkeit. Wer im System von Hartz IV landet, hat eine hohe Wahrscheinlichkeit auch dort zu bleiben – nämlich zu 88 Prozent. Nur zwölf Prozent gelingt nachhaltig der Ausstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

### ? Sind die Ein-Euro-Jobs Sprungbrett in den Arbeitsmarkt?

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung über Deutschland bringen Ein-Euro-Jobs nur selten den Einstieg in einen regulären Job. Im Gegenteil führt der Zwang zum Ein-Euro-Job dazu, dass sich die Jobchancen um rund 40 Prozent reduzieren. Die Studie kommt auch zum Schluss, dass Ein-Euro-Jobs vor allem dann eine Chance darstellen, wenn sie freiwillig angenommen werden und nicht nur, um Sanktionen und Leistungskürzungen zu vermeiden.

**? Welche Auswirkungen hat Hartz IV auf den Niedriglohntsektor?**

✓ Aus den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit lässt sich herauslesen, dass von 6,2 Millionen Hartz-IV-BezieherInnen in Deutschland etwa 4,4 Millionen erwerbsfähig sind. Nicht alle davon sind arbeitslos. Etwa 20 Prozent erhalten Leistungen, weil ihr Einkommen so niedrig ist, dass sie davon nicht leben können. Laut EUROSTAT arbeiten in Deutschland mittlerweile 22,5 Prozent der Beschäftigten nur noch für einen Niedriglohn. In Österreich sind es nur 14,8 Prozent, wobei Frauen deutlich stärker betroffen sind (8,7 Prozent der Männer und 23,1 Prozent der Frauen).

**? Was sind Ein-Euro-Jobs?**

✓ Der Ein-Euro-Job ist eine Art Berufspraxis von 15 bis 30 Stunden pro Woche, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wird. Offiziell heißen die Ein-Euro-Jobs „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“. Es handelt sich hierbei um eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Maßnahme zur Eingliederung von Hartz-IV-EmpfängerInnen in den Arbeitsmarkt. Betroffene müssen während des Arbeitslosengeld-Bezugs Ein-Euro-Jobs annehmen. Für den Mehraufwand erhalten sie eine Entschädigung von 1 bis 2,5 Euro pro Stunde. Davon müssen dann allerdings auch Arbeitskleidung und Fahrtkosten bezahlt werden. Im Krankheitsfall wird die Entschädigung nicht weiterbezahlt.

Lucia Bauer

**? Welche Einsparungen und soziale Folgen brächte ein Umstieg des österreichischen Systems auf ein Modell, das dem deutschen Hartz IV entspricht?**

✓ Eine Studie des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung legte dieses Jahr im Mai verschiedene Szenarien einer Einführung von Hartz IV in Österreich inklusive Schätzung des Einsparungspotenzials vor. Die Schätzungen liegen zwischen 670.000 Euro und einer Milliarde Euro an Einsparung bei den Kosten für die Notstandshilfe. Derzeit beziehen in Österreich 736.000 Personen direkt oder indirekt für mindestens ein Monat pro Jahr Notstandshilfe. Je nach Modell würde die Einführung von Hartz IV einen Einkommensverlust und damit eine massive Einschränkung bei der Existenzsicherung für 81 bis 95 Prozent der NotstandshilfebezieherInnen bedeuten. Für sie hieße eine Umstellung pro Haushalt zwischen 1.300 Euro und 2.300 Euro pro Jahr weniger Einkommen. Steigende Ungleichheit und Armutsgefährdung wären die Folgen eines solchen Einschnitts. Die StudienautorInnen stellen den potenziellen Einsparungen daher „schwer zu beziffernde, aber unweigerlich eintretende gesellschaftliche Folgekosten durch den Anstieg von Armut“ gegenüber. Der Vergleich mit Deutschland bestätigt das. Die Armutsgefährdungsquote von Arbeitslosen lag im Jahr 2015 in Deutschland bei 69,1 Prozent, in Österreich lag sie bei 41,1 Prozent. Aufgrund von Hartz IV ist auch die Effektivität deutscher Transferleistungen niedriger als in Österreich. Sie reduzieren die Armutsgefährdung nur um 8,4 Prozent auf 16,7 Prozent gegenüber 11,7 Prozentpunkten in Österreich auf 13,9 Prozent. Berechnungen über die möglichen administrativen Kosten für eine Erhebung des Vermögens der NotstandshilfebezieherInnen, das ja verbraucht werden müsste bevor Hartz IV in Anspruch genommen werden kann, gibt es derzeit keine.

**? Wie funktioniert Hartz IV?**

✓ Wer arbeitslos wird, erhält zwar weiterhin für einen kürzeren Zeitraum das Arbeitslosengeld I, das etwa 60 Prozent des Einkommens ausmacht. Die sogenannte Arbeitslosenhilfe, die etwa der Notstandshilfe in Österreich entspricht, wurde jedoch ersatzlos gestrichen. Erwerbsfähige Jobsuchende, die länger arbeitslos sind, erhalten seither das Arbeitslosengeld II, das mit der Mindestsicherung in Österreich vergleichbar ist und umgangssprachlich auch Hartz IV genannt wird. Es wird erst ausbezahlt, wenn kaum noch Ersparnisse vorhanden sind.

**? Wie hoch ist Hartz IV?**

✓ Der Hartz-IV-Regelsatz 2017 für eine alleinstehende Person beträgt 409 Euro pro Monat. Zusätzliche Leistungen beziehen können Schwangere, Alleinerziehende, Behinderte und chronisch Kranke. Einen Rechtsanspruch auf diese Zusatzleistungen gibt es nicht. Volljährige Partner innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft erhalten einen reduzierten Satz von 368 Euro, Kinder je nach Alter zwischen 237 und 311 Euro.

**? Senkt Hartz IV die Arbeitslosigkeit?**

✓ Die Befürworter einer Einführung von Hartz IV in Österreich argumentieren häufig mit der niedrigen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland hat jedoch andere Gründe als die Hartz-IV-Reformen. Peter Bofinger vom deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erklärt den deutschen Arbeitsmarkterfolg mit der starken Exportindustrie, dem Überwinden der Wiedervereinigungsprobleme und letztlich mit dem Sinken des Arbeitskräftepotenzials. Anders als in Österreich hat sich in Deutschland zwischen 2005 und 2015 die erwerbsfähige Bevölkerung um 4 Prozent verringert. In Österreich ist sie um 3 Prozent gestiegen. Die niedrige Arbeitslosigkeit hat also mit Hartz IV nichts zu tun.

# Arbeitsunfälle

Unfälle bei der Arbeit oder am Weg dorthin sind sogenannte **Arbeitsunfälle**. Wir erklären anhand von Beispielen, wie sich diese von **Freizeitunfällen** abgrenzen lassen und welche Ansprüche entstehen.

**G**erhard S. rutscht beim Einsteigen in die S-Bahn auf dem verersten Bahnsteig aus, stürzt unglücklich und bricht sich die linke Schulter. Seither leidet er an Bewegungseinschränkungen. Trotz physikalischer Therapie kann er den linken Arm nicht mehr über Schulterhöhe anheben. Tätigkeiten, die er früher ausgeübt hat und die selbstverständlich waren, z. B. Ordner aus einem Regal über Kopfhöhe herausziehen, schmerzen und erinnern ihn an seinen Unfall.

Norbert W. verspürt auf der Fahrt von der Arbeit nach Hause mit dem Privatauto ein menschliches Bedürfnis. Er bleibt daher in einem Waldstück stehen, steigt aus und geht zwei bis drei Meter ins Gebüsch. Dabei schlägt ihm ein Ast ins linke Auge und verursacht auf diesem Auge eine bleibende Verletzung.

Lena F. verliert bei einem Motorradunfall an einem Sonntag bei der Heimfahrt von einem Ausflug den rechten Unterschenkel und ist in Zukunft auf eine Prothese angewiesen.

Mario J. arbeitet im Verkauf. Als er eine Ware aus dem Lager holt, stürzen mehrere Betonplatten um und fallen auf seinen rechten Unterschenkel. Dieser ist nicht mehr zu retten und muss amputiert werden.

Mia H. kommt auf dem Weg zur Arbeit, ausgelöst durch Restalkoholisierung von 1,03 Promille auf die Gegenfahrbahn und kollidiert dort mit einem anderen Fahrzeug. Für den Unfall gibt es keinen



anderen Grund als die alkoholbedingte Verkehrsuntauglichkeit.

Sahra K. bleibt auf dem Heimweg von einer Nachtschicht als Krankenschwester kurz bei einem Geschäft stehen und kauft Lebensmittel für ein Frühstück ein. Sie rutscht auf dem Parkplatz des Supermarkts aus und verletzt sich.

## ARBEITS- ODER FREIZEITUNFALL?

All diesen Fällen ist gemeinsam, dass ein Unfall passiert, mit mehr oder weniger schweren Verletzungen, die medizinisch behandelt werden müssen und einen Krankenstand zur Folge haben.

Unfälle, die bei der Arbeit passieren, aber auch Unfälle am direkten Weg von und zur Arbeit, von und zum Mittagessen, auf dem direkten Weg von der Arbeit zum Arzt, auf dem direkten Weg zu einem Kindergarten und zurück in die Arbeit oder nach Hause sind Arbeitsunfälle und unterliegen besonderen Regelungen.

Was die Fälle jedoch ganz gravierend unterscheidet, ist, dass nur ein Teil der Betroffenen für sich in Anspruch nehmen kann, einen Arbeitsunfall erlitten zu haben und daher dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung unterliegt.

Ein klassischer Arbeitsunfall ist ein Unfall, der im Rahmen der beruflichen Tätigkeit passiert. Häufige Arbeitsunfälle sind Stürze oder Verletzungen an Maschinen. Arbeitsunfälle können aber auch Unfälle sein, die sich als Folge von Überanstrengung oder Übermüdung ereignen. Auch Unfälle, die am Weg von und zur Arbeit (Wegunfälle) passieren, sind normalerweise Arbeitsunfälle.

## MEDIZINISCHE UND BERUFLICHE REHABILITATION

Wenn ein Arbeitsunfall passiert, ist der gesetzliche Unfallversicherungsträger (AUVA) sowohl für die Behandlung als auch die medizinische und wenn nötig berufliche Rehabilitation zuständig. Bei der medizinischen Rehabilitation soll die Erwerbsfähigkeit wie vor dem Unfall wiederhergestellt werden. Ist das nicht mehr möglich, soll eine Verschlimmerung der Verletzungsfolgen verhindert werden. Die AUVA stellt dabei ärztliche Hilfe, Medikamente, Heilbehelfe und Hilfsmittel (z. B. Rollstühle, Prothesen) kostenlos zur Verfügung. Bei der beruflichen Rehabilitation können etwa Umschulungsmaßnahmen oder Hilfe bei der Jobsuche zum Einsatz kommen und Zuschüsse sowie Darlehen gewährt werden.

## DAUERHAFT ODER LANGFRISTIGE EINSCHRÄNKUNGEN

Wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit drei Monate nach dem Arbeitsunfall immer noch besteht und die Einschränkung mehr als 20 Prozent ausmacht, gibt es die Möglichkeit einer Versehrtenrente als finanziellen Ausgleich. Wird ein Krankenstand durch einen Arbeitsunfall verursacht, so verlängert sich auch der Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankenstand: Für Angestellte während der ersten fünf Dienstjahre um zwei Wochen, für ArbeiterInnen ist bei jedem Anlassfall eine längere Entgeltfortzahlung möglich.

Doch zurück zu unseren Beispielen. Wie wirken sich diese Regelungen im Einzelfall aus: Gerhard S. erhält aufgrund seines Arbeitsunfalls (Wegunfall) regelmäßig physikalische Therapie für seine Schulter, er hat auch Anspruch auf eine Versehrtenrente, weil er in seiner Beweglichkeit und Arbeitsfähigkeit gemindert ist.

Der Unfall von Norbert W., der sich bei einem Ast am Auge verletzt hat, wird dagegen nicht als Arbeitsunfall anerkannt. Er erhält, obwohl seine Sehkraft massiv beeinträchtigt ist, keine Versehrtenrente.

## AUVA HIFT BEI ARBEITSUNFÄLLEN

Lena F. und Mario J. sind beide auf eine Prothese angewiesen. Mario J., der bei der Arbeit von Betonplatten verletzt wurde, hatte einen klassischen Arbeitsunfall. Er hat daher Anspruch auf Unterstützung der AUVA – sowohl bei der Behandlung als auch bei der Anschaffung einer Prothese. Der Motorradunfall von Lena F. ist dagegen ein typischer Freizeitunfall. Sie muss sich wegen einer Prothese an die Krankenversicherung wenden.

Mia H. und Sahra K. hatten ebenfalls beide keinen Arbeitsunfall; Mia H. weil die alkoholbedingte Verkehrsuntüchtigkeit Unfallursache war, bei Sahra K., die Frühstück eingekauft hat, handelt es sich nicht um einen Wegunfall, weil der Einkauf als eine private eigenwirtschaftliche Tätigkeit gilt.

Helga Hons



## Arbeitsunfälle bei der AUVA melden

**Was im Falle eines Arbeitsunfalls sonst noch bedacht werden muss.**

Jeder Arbeitsunfall, bei dem ein Beschäftigter mehr als drei Tage ganz oder teilweise arbeitsunfähig wird, muss spätestens nach fünf Tagen an die AUVA gemeldet werden. Die Meldung sollte auch dann erfolgen, wenn man sich nicht sicher ist, ob es sich um einen Arbeitsunfall handelt. Die Meldung erfolgt entweder über den Arbeitgeber oder den Arzt/die Ärztin, kann aber auch von den Beschäftigten gemacht werden. Es geht auch darum, sich gegen Spätfolgen des Arbeitsunfalls abzusichern.

Bei einem Arbeitsunfall hat der/die Beschäftigte Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung für die Unfallheilbehandlung sowie für die medizinische und berufliche Rehabilitation. Ebenso kann ein Anspruch auf finanzielle Abgeltung der geminderten Erwerbsfähigkeit entstehen.

Zusätzlich muss überprüft werden, ob die ArbeitnehmerInnenschutzmaßnahmen ausreichend waren.

**Rechtsexpertin Andrea Komar** ist Leiterin der Rechtsabteilung der GPA-djp und Autorin der Rubrik KORREKT in der KOMPETENZ.

### Verpflichtung gegenüber dem Arbeitgeber

Angestellte sind verpflichtet, dem Arbeitgeber jede Dienstverhinderung ohne Verzug zu melden und auf Verlangen eine Bestätigung über Dauer und Ursache vorzulegen. Häufig wird dabei „Ursache“ mit

„Diagnose“ verwechselt. Das ist jedoch ein Missverständnis, es geht vielmehr darum zu klären, ob ein Arbeitsunfall vorliegt und damit ein längerer Anspruch auf Entgeltfortzahlung.



# Garteln mitten in der Stadt

Urban Gardening in der Pionieranlage der WBV-GPA.

In allen Umfragen zu Wohnungsqualität steht Grünraum ganz oben auf der Wunschliste der BewohnerInnen. Die Menschen wollen Balkone, grüne Freiflächen rund ums Haus oder Dachgärten, wo sie sich im Freien aufhalten und beim Gärtnern ihren grünen Daumen unter Beweis stellen können. Diesen Wünschen Rechnung tragend entsteht im geförderten Wohnbau Wiens seit vielen Jahren kein Neubau ohne solche grünen Flächen.

## INTERNATIONALER TREND: „URBAN GARDENING“

Dazu kommt ein internationaler Trend, der auch in Wien unter der Bezeichnung „Urban Gardening“ immer

mehr Verbreitung findet. Die Stadt Wien fördert aktiv Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten im Sinne eines nachbarschaftlichen Miteinanders, die Gebietsbetreuungen unterstützen mit Tatkraft und Know-how. So sind in den vergangenen Jahren in öffentlichen Räumen der Stadt viele Projekte entstanden.

Auch die WBV-GPA hat den Gedanken des gemeinschaftlichen „Gartelns“ aufgegriffen und im Herbst 2016 in ihrer ältesten Wohnanlage in der Favoritenstraße 235 ein Pilotprojekt „Pioniergarten 2017“ initiiert. In dieser Anlage, die 1953 errichtet wurde, als Balkone noch nicht zum Standard zählten, gibt es zwischen den ein-

zelnen Häusern viel grüne Fläche, die bislang vorwiegend als Rasen genutzt wurde. Da lag es nahe, mit einigen Gartenbeeten ein paar bunte – und gleichzeitig für die BewohnerInnen äußerst nützliche – Akzente zu setzen.

## DER START DES GARTENPROJEKTS IM HERBST 2016

Zunächst hat Kollege Danijel Krajina, Mitarbeiter der Hausverwaltung der WBV-GPA, umfangreiche Informationen zu den technischen Voraussetzungen sowie zu den voraussichtlichen Kosten eingeholt. Die WBV-GPA hat im Vorfeld entschieden, die Investitionskosten für das Pilotprojekt zu übernehmen und den MieterInnen nur die

zusätzlichen Wasserkosten zu verrechnen, die je nach Größe des Beets zwischen 15 und 30 Euro jährlich betragen. Dann wurden die BewohnerInnen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Dreizehn BewohnerInnen bekundeten ad hoc ihr Interesse. Herr Floigl, langjähriger Bewohner der Anlage und ein ausgewiesener Gartenfreund, war bereit, vor Ort die Koordination zu übernehmen. In enger Zusammenarbeit zwischen Kollegen Krajina, Herrn Floigl und den MieterInnen wurde der „Pioniergarten 2017“ im Frühjahr 2017 realisiert. Mitgeholfen hat auch die Haus-Crew unserer Tochterfirma Kompetenz. Sie hat die Beete kostenlos errichtet und bepflanzt eines der Beete selbst. Gartengeräte und ein Geräteschuppen wurden angeschafft und Pflanzensamen an die „PioniergärtnerInnen“ verschenkt. Ein professioneller Gärtner bot Anbau-Beratung an. Alle Garten-PionierInnen erhielten ein eigens designertes Arbeits-T-Shirt und machten sich so gleich an die Arbeit.

Der erste Erfolg des Projekts, der Anfang Juli 2017 mit einem „Gartenfest“

vor Ort gefeiert wurde, zeigte sich nicht nur an der guten Stimmung und den strahlenden Gesichtern der TeilnehmerInnen, sondern auch an der reichen Ernte, die sich bereits in den bepflanzten Beeten abzeichnet. Vielerlei Salate, Gemüse, Kräuter und Beeren bieten höchsten Genuss aus dem eigenen Garten. Bunte Blumen umranken die Beete und verstärken die Vision eines ländlichen Bauerngartens – und dies mitten in der Stadt.

Die Gärtner und Gärtnerinnen sind zu Recht stolz auf ihr Werk. Sie berichten von neu erwachtem regem Austausch unter den NachbarInnen, vom Spaß am Gärtnern und von der Freude, sich selbst mit frischem Grünzeug versorgen zu können. Für die nächste Gartensaison haben sich bereits drei weitere InteressentInnen angemeldet.

Vielleicht werden in den nächsten Jahren auch in anderen Wohnanlagen bunte Gärten entstehen? Wir würden uns über Vorschläge von BewohnerInnen jedenfalls freuen und werden jede Garten-Initiative gerne unterstützen.

●  
Andrea Reven-Holzmann

## WOHNUNGSBERATUNG

### Wohnbauvereinigung für Privatangestellte

WBV-GPA Wohnungsservice –  
Gassenlokal  
1010 Wien, Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
[wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)

## FREIE WOHNUNGEN

### Bestehende Objekte

- 8020 Graz, Rebengasse 5,  
2-Zimmer-Wohnungen,  
HWB 69,57 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 2640 Gloggnitz, Dr.-Martin-Luther-Str. 9, 2-Zimmer-Wohnung,  
64 m<sup>2</sup>, HWB 52,48 KWh/m<sup>2</sup>/a
- Stuppacherstr. 6, 2-Zimmer-Wohnung,  
57 m<sup>2</sup>, HWB 60,00 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 8605 Kapfenberg, Pestalozzi-Str. 5, 1- und 2-Zimmer-Wohnung,  
34 m<sup>2</sup>, HWB 58,36 KWh/m<sup>2</sup>/a
- Wienerstr. 56, 1-Zimmer-Wohnung,  
30 m<sup>2</sup>, HWB 44,00 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 3002 Purkersdorf, Herrengasse 6, 5-Zimmer-Wohnungen, 112 +  
122 m<sup>2</sup>, HWB 39,00 KWh/m<sup>2</sup>/a





„Die Migrantigen“,  
Regisseur: Arman  
Riahi, Österreich  
2017, 90 Minuten

# Die Migrantigen

Im ersten Spielfilm von Arman Riahi bekommen auf bissig komisch-ironische Weise oberflächliche Politik und Journalismus ihr Fett ab.

In erster Linie sind „Die Migrantigen“ zwei grantige Wiener. Denn der berufliche Erfolg – einerseits als Inhaber einer Werbeagentur, andererseits als Schauspieler – lässt auf sich warten. Die Protagonisten, Marko und Benny, haben sogenannten türkischen bzw. serbischen „Migrationshintergrund“. Aber wer, möchte man während des Films dazwischen fragen, hat den nicht in Wien?

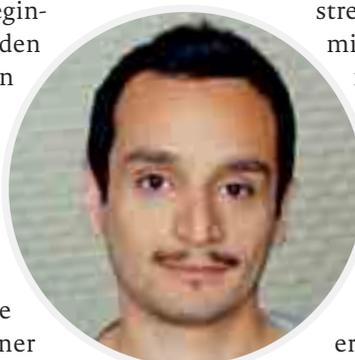
Und weil „Die Migrantigen“ endlich Geld verdienen wollen, sind die beiden Wiener käuflich – auf Kosten von Migranten. Denn eine sensationslüsterne, ehrgeizige TV-Journalistin, die bei einem Dreh im ethnisch durchmischten Vorstadtviertel „Rudolfgrund“ zufällig auf die beiden trifft, hält die geborenen Wiener aufgrund ihres Aussehens für Ausländer; sie stellt ihnen – was das verantwortungsbewusste Journalistinnen-Herz besonders schmerzt – suggestiv Fragen, um Material für ihre Dokuserie zu bekommen.

„Die Migrantigen“ durchschauen ihre Absicht, spielen in der Hoffnung auf den beruflichen Durchbruch mit und geben sich

als kleinkriminelle Ausländer aus.

Durch Vorurteile genährte Wirklichkeit trifft auf Fiktion. So verselbstständigen sich die als konstruierte Neuigkeiten bekannten „Fake News“, sie beginnen ein Eigenleben und werden laut Quote immer mehr von den ZuseherInnen nachgefragt. „Die suchen Sozialfälle“, formulieren es „Die Migrantigen“ und wittern ihre Chance. Schließlich möchte man im Fernsehen „den Leuten geben, was sie sehen wollen“, wie es an einer Stelle des Films nicht ohne Ironie heißt. Oder: Es gibt Fantasien, „auf die sich das Fernsehen gerne draufsetzt“. Schließlich durchschaut die Journalistin, dass sie keine „echten“ Migranten vor der Kamera hat, macht aber an der Taktik mit, um am Ende dafür sogar einen Fernsehpreis einzuhemsen.

Der Regisseur der „Migrantigen“, Arman Riahi, flüchtete als Einjähriger 1983 aus dem Iran mit seiner Familie nach Österreich. Dies ist sein erster Spielfilm, nach mehreren Kurzfilmen und TV-Se-



Arman Riahi geht es in seinem Film darum, vom gängigen Opfer-Täter-Bild wegzukommen, das in der politischen Diskussion immer dann auftaucht, wenn von Integration die Rede ist.

rien; er gewann dieses Jahr bereits mehrere Preise: u. a. beim Filmfestival in Nashville (USA) und beim Filmfestival in Saarbrücken. Zu Recht.

„Die Migrantigen“ werden gespielt von Faris Rahoma, Steirägypter aus Hernals, und von dem Wiener mit serbischen Wurzeln Aleksandar Petrović. Sie haben gemeinsam mit Regisseur Riahi auch das Drehbuch geschrieben. Die 90 Minuten sind streckenweise an beißender Komik nicht zu übertreffen. Nicht nur, dass der Film dem (Fernseh-)Journalismus den Spiegel vorhält. Er persifliert ausländerfeindliche Politik österreichischer Parteien – „irgend so ein HC“ wird (angeblich) am Bankomaten überfallen – genauso, wie er sich durch die Blume lustig macht über Wiener Hipster, die 4.000 Euro für ein Fahrrad ausgeben und die, selbst wenn sich am Monatsende nicht mehr alle Zahlungen ausgehen, das Abo für das Radmagazin unbedingt verlängern wollen.

Die Moral der Geschichte: „Man muss ein Vorurteil immer zweimal umdrehen.“ Eines der wichtigsten Zitate aus dem Film. Wer ihn noch nicht gesehen hat, sollte das unbedingt nachholen. Große Empfehlung! ●

Heike Hausensteiner

# „Die Rolltreppe nach unten“

Der Soziologe Oliver Nachtwey beschreibt in seinem Buch, wie eine Gesellschaft heranwächst, die trotz guter Ausbildung nicht mit sozialem Aufstieg rechnen kann.

**O**liver Nachtweys im Vorjahr erschienenes Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ ist Teil einer Reihe von Publikationen, die die Aufarbeitung der großen Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2007 zum Thema haben. Das Besondere an Nachtweys Überlegungen macht aus, dass er nicht nur bei der Analyse ökonomischer und soziologischer Prozesse verbleibt, sondern den Auswirkungen auf politische Prozesse und neue Protestformen breiten Raum widmet („Das Aufbegehren“).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt für den Autor eine Zäsur in der Entwicklung der westlichen Industriestaaten dar. War es bis über die Jahrtausendwende hinweg noch klar, dass trotz wachsender Ungleichheit praktisch alle Schichten von der wirtschaftlichen Entwicklung profitierten und somit dem System eine gewisse Stabilität zusicherte, so hat sich dies in den vergangenen Jahren fundamental geändert. Für viele Menschen geht es seit geraumer Zeit ökonomisch nicht aufwärts, sondern abwärts. Nachtwey verwendet dafür den Begriff „Rolltreppe nach unten“, der diesen kollektiven Prozess beschreiben soll. Erstmals wachse eine Generation heran, für die eine gute Ausbildung nicht auto-

matisch eine Verbesserung der materiellen Situation bedeutet. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ist für Nachtwey eine der Hauptursachen dieses Effekts. „Nicht im bloßen Anwachsen der sozialen Ungleichheit, sondern in den Erschütterungen der Arbeitsverhältnisse liegt die Hauptursache für den Übergang zur Abstiegs-gesellschaft.“ (S. 137)

**FÜR VIELE MENSCHEN  
GEHT ES SEIT GERAUMER  
ZEIT ÖKONOMISCH  
NICHT AUFWÄRTS,  
SONDERN ABWÄRTS.**

Selbst für Länder wie Deutschland, die oft als Beispiel für eine erfolgreiche Krisenbewältigung genannt werden, ortet er diesen Effekt. Obwohl Massenarbeitslosigkeit ausgeblieben ist, nimmt in Deutschland Armut im Zuge der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Privatisierung sozialer Vorsorge zu. So sieht er als Folge der arbeitsmarktpolitischen Reformen (Agenda 2010) die Herausbildung einer neuen „Unterklasse“ in Deutschland (siehe Faktencheck Hartz IV in diesem Heft).

Breiten Raum widmet Nachtwey der Erklärung der Ursachen der Krise und der Art der herr-

schenden Krisenbewältigung in Form der Dominanz der Austeritätspolitik im Interesse finanzkapitalistischer Akteure zulasten der ArbeitnehmerInnen. Hier unterscheidet sich der Autor nicht von anderen kritischen Auseinandersetzungen. Spannend ist vor allem sein Kapitel über völlig neue Formen des „Aufbegehrens“ gegen die sozialen Folgen der Krisenbewältigung. Nachtwey beschreibt neue linke Proteste, wie die spanischen Idignados, die griechische Syriza oder die Occupy-Bewegung. Er erklärt aber auch die Zunahme sozialdarwinistischer und xenophober Politik vor dem Hintergrund von Zukunfts- und Abstiegsangst. Neu ist, dass sich die Protestformen stark von den „traditionellen“ auch gewerkschaftlichen Protestformen des 20. Jahrhunderts unterscheiden.

Für alle politisch denkenden und agierenden Menschen, die erkennen, dass es auf absehbare Zeit keine Wiederaufnahme des alten Modells der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft geben wird, stellen Nachtweys Überlegungen wertvolle Anregungen dar, die sicher auch für die Entwicklung zeitgemäßer gewerkschaftlicher Strategien enorm brauchbar sind.

●  
Martin Panholzer



Oliver Nachtwey:  
**Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne**  
edition suhrkamp  
2682, Taschenbuch, 264 Seiten  
18,50 €

## IMPRESSUM

**GPA/djp** Leserbriefes an kompetenz@GPA-djp.at • Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@GPA-djp.at • Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 • Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein, stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, Chefin vom Dienst: Mag. Lucia Bauer, lucia.bauer@gpa-djp.at, Assistenz: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@GPA-djp.at • Coverillustration: Peter M. Hoffmann • Layout und Artdirektion: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH), Layout und Layoutkonzept: Matthäus Zinner, typothese.at • Produktion: ÖGB-Verlag • Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21 • Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf • DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352 • Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: www.GPA-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.

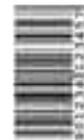


# Vorsicht! Mogelpackung



## FLEXIBLE ARBEITSZEIT

Zutaten: 12-Stunden-Tag und sonst nix  
Ein Produkt aus der Industriellenvereinigung



Max. haltbar bis: Ende Juni 2017



Beschäftigte in Österreich arbeiten flexibel. Ausnahmsweise und zeitlich begrenzt auch jetzt schon bis zu 12 Stunden. Unternehmervertreter wollen die Ausnahme zur Regel machen. Das ist kein fairer Deal. Flexibel ja - aber zum Vorteil aller! Mehr dazu: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

**GPA djP**  
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER